



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Januar/Februar 2017

Liebe Leserinnen und Leser,



wir blicken auf ein turbulentes Jahr zurück, welches seinen traurigen Abschluss in einem hinterhältigen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin fand. Ich bin zutiefst erschüttert angesichts solch sinnloser Gewalt. Meine Gedanken und mein Mitgefühl sind bei allen Betroffenen. Zusammen mit der Wahl eines politisch unerfahrenen und schwer einzuschätzenden US-Präsidenten sowie aktueller Entwicklungen in der Türkei, eröffnet sich 2017 ein äußerst angespanntes Bild der weltpolitischen Lage. Auch Russland bleibt mit seinen Handlungen in der Ukraine und Syrien eine konstante Bedrohung für die Sicherheitsarchitektur Europas. Erschwerend kommt der Austritt Großbritanniens aus der EU hinzu. Der Austrittsantrag soll nach Aussage der britischen Premierministerin Theresa May bis Ende März gestellt und der Austritt bis Oktober 2018 abgeschlossen sein.

Die britische Regierung strebt einen harten Schnitt an, welcher unter anderem den Austritt aus dem Binnenmarkt und somit einen Neustart der Verhandlungen um die Beziehungen zur Europäischen Union beinhaltet.

Betrachtet man nun all diese Herausforderungen, so ist es nachvollziehbar, dass manche Bürger sorgenvoll in die Zukunft blicken. Populistische Parteien wissen diese Gefühlslage geschickt auszunutzen, indem sie vorhandene Ängste und Sorgen der Bürger bewusst provozieren und durch überspitzte Äußerungen schüren. Als allgemeingültige Antwort wird ein Zurück zu den „guten alten Zeiten“ und damit einen Weg zurück zu abgeschotteten Nationalstaaten skandiert. Am liebsten einhergehend mit einem totalen Stopp der Globalisierung. Dass dies in der modernen, eng verknüpften Welt eine schlichtweg nicht umsetzbare Forderung ist, wird unter den Tisch gekehrt.

Auch die Briten haben sich für eine Rückkehr in die Vergangenheit entschieden. Mit ihrer Erklärung eines harten Brexits, soll das Land nach dem Vorbild des alten Empires erblühen - so der Wunsch. Diese Entwicklung tut mir besonders für die jüngeren Generationen leid, da die Europäische Union besonders ihnen viele Chancen bietet. Mit dem endgültigen Austritt aus dem EU-Binnenmarkt stellt sich die britische Regierung vor eine schwere Aufgabe. Es müssen nun mit allen Handelspartnern

-inklusive der EU- möglichst schnell neue Freihandelsabkommen geschlossen werden. Diese Situation bringt die Briten in ihrer Verhandlungsposition stark unter Erfolgsdruck, was manche Länder ausnutzen könnten. Hierbei kommen besonders kleine und mittelständische Unternehmen in Großbritannien in Bedrängnis.

Auch in Amerika gelang es den Populisten unter dem Slogan „Make America Great Again“ durch einfache Versprechungen Fuß zu fassen. Dies zeigte besonders die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Ohne Pläne zur Umsetzung dieses Slogans zu präzisieren, konnte sich Trump gegen die erfahrene Demokratin Hillary Clinton durchsetzen. Ähnlich wie auch die Brexit-Befürworter in Großbritannien mit knapper Mehrheit gegen die Vernunft. Auch hier wird ein eng umkämpftes Wahlergebnis drastische Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung haben. Bisherige Auftritte und Ankündigungen des Präsidenten lassen außerdem absehen, dass das Ergebnis dieser Wahlen nicht nur das Land selber, sondern vor allem auch die Beziehungen zu internationalen Partnern grundlegend verändern wird. Besonders besorgniserregend ist hierbei die Einstellung zum NATO-Verteidigungsbündnis, welches Trump unter anderem als „obsolet“ bezeichnete. Auch wenn diese Aussagen mittlerweile von verschiedenen Seiten entkräftet wurden, so ist doch möglich, dass Amerika seine Rolle in der NATO in Zukunft nicht mehr ausfüllen wird wie bisher. Dies muss ein Anstoß für Europa sein, unsere Verteidigungspolitik selbstständiger zu gestalten.

Im Gegensatz zu Parteien, die die Situation ausnutzen um Ängste zu schüren, sehe ich in den aktuellen Entwicklungen eine Chance für Europa. Mit dem Austritt der Briten verlässt uns ein Mitglied, das jahrelang Maßnahmen zur europäischen Integration blockiert hat. Zusammen mit der voraussichtlichen außenpolitischen Neuausrichtung der Vereinigten Staaten, ergibt sich eine Möglichkeit die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf ein neues Level zu heben. Außerdem könnte sich durch den Austritt der USA aus den Verhandlungen zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) eine Chance für neue Europäisch-Pazifische Handelspartnerschaften ergeben. Unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen kann nur ein starkes, geeintes Europa sein.

Abschließend möchte ich Sie auf die anstehende Landtagswahl am 07. Mai sowie die Bundestagswahl am 24. September 2017 hinweisen. Es ist an Ihnen, von Ihrem Recht zur Mitbestimmung Gebrauch zu machen. Zu lange hat die politische Mitte der Bürger angesichts des Aktionismus des rechten, aber auch des linken Randes geschwiegen. Mit einer starken, geeinten Mitte werden wir Deutschland und Europa weiterhin souverän durch das aktuell turbulente Fahrwasser navigieren.

Mit freundlichen Grüßen
Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

1.) Präsidentschaftswahl des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat seinen neuen Präsidenten und seine neuen Vizepräsidenten gewählt. Der 63-jährige ehemalige Industriekommissar Antonio Tajani, Mitglied der EVP-Fraktion, setzte sich im vierten Wahldurchgang in einer Stichwahl gegen seinen sozialistischen Landsmann Gianni Pittella durch. Tajani erhielt 351 Stimmen, Pitella 282. Der italienische Politiker Antonio Tajani wird die Institution nun bis zur nächsten Europawahl führen. Erste Vizepräsidentin wird, mit dem Ergebnis von 466 Stimmen, die Irin Mairead McGuinness.

2.) Gratisticket - Rückmeldung erbeten

Unter dem Motto „Die EU entdecken“ hat die EVP-Fraktion eine Web-Kampagne gestartet. Vor dem Hintergrund einer aktuellen Mobilitätsinitiative bittet die EVP-Fraktion die Menschen in Europa, unter dem Hashtag DiscoverEU von ihren Reiseerlebnissen in Europa zu berichten und das Projekt „Gratis-InterRail-Ticket“ in ihren eigenen sozialen Netzwerken zu bewerben. Es bedarf der Hilfe möglichst vieler, damit diese Idee Wirklichkeit wird.

Ziel dieser Initiative ist es, dass junge Europäer zu ihrem 18. Geburtstag ein InterRail-Ticket von der EU erhalten. Dabei sollen sie selbst über die Reiseroute entscheiden und können das europäische Schienennetz für einen Zeitraum von einem Monat so oft nutzen, wie sie möchten. Damit

erhalten sie die Möglichkeit, Europa besser kennenzulernen. Dieser Vorschlag der EVP-Fraktion fand am 04.10.2016 in einer gemeinsamen Resolution des Europäischen Parlaments große Unterstützung.



Bild 1:

"Ich danke meinem Praktikanten, Herrn Till Unger von der JU Schleswig-Holstein aus Lütjenburg! Der Gedanke der europäischen Einigung lebt vom Engagement junger Menschen, wie das von Herrn Unger!

(Foto: Büro Böge)

3.) Die Erneuerbaren Energien sind ein Schwerpunkt im Energie-Winterpaket.

Mit einem von der Kommission am 30.11.2016 vorgelegten Paket soll eine weltweite Führungsrolle der EU bei den erneuerbaren Energien erreicht werden. Geplant ist bis 2030 eine Quote von mindestens 27% des Endenergieverbrauchs zu erreichen. Derzeit liegt die Zielerwartung für 2030 bei 24,3%. U.a. sollen im Jahr 2030 50% der Stromerzeugung und bis zum Jahr 2050 der Strom komplett CO₂ neutral aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Auch für die Wärme- bzw. für die Kälteerzeugung werden hohe Ziele angestrebt. Während heute noch drei von vier Haushalten fossile Brennstoffe verwenden, schlägt die Kommission verschiedene Maßnahmen vor, um in den Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2030 jährlich eine Steigerung des Erneuerbare-Energien-Anteils an der Wärme- und Kälte-versorgung von 1% zu erreichen.

Im Verkehrssektor werden fast 94% der für den Antrieb von Pkw's, Lkw's, Schiffen und Flugzeugen verwendeten Energie durch Erdöl gedeckt. Das Winterpaket sieht den beschleunigten Einsatz emissionsarmer und erneuerbarer Energien (z.B. fortschrittliche Biokraftstoffe und Strom) im Verkehrssektor vor. Diese Kraftstoffe müssen gegenüber den fossilen Kraftstoffalternativen mindestens 70% weniger Treibhausgase ausstoßen als fossile Kraftstoffe.

In der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie werden die bestehenden EU-Kriterien für die Nachhaltigkeit von Bioenergie auf Biomasse und Biogas für die Wärme- und Stromerzeugung ausgedehnt. Die Richtlinie enthält konkret die folgenden vier neuen Anforderungen für den Zeitraum nach 2020:

- Fortschrittliche Biokraftstoffe müssen mindestens 70% weniger Treibhausgase ausstoßen als fossile Kraftstoffe.
- Ein neues Nachhaltigkeitskriterium für forstwirtschaftliche Biomasse, die für die Energieerzeugung genutzt wird, um das Risiko eines zu hohen Holzeinschlags zu begrenzen und die Anrechnung und Verbuchung für die Landnutzung, Landnutzungs-änderung und die Forstwirtschaft (LULUCF) zu gewährleisten. Unter dieser Abkürzung werden im Kyoto-Protokoll Maßnahmen im Bereich der Forstwirtschaft und der Land-nutzung zusammengefasst.
- Eine Treibhausgas-Einsparvorgabe von 80% für die Wärme- und Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas (für Großanlagen mit einer Brennstoffkapazität von mindestens 20 MW).
- Eine Vorgabe, wonach für die Stromerzeugung aus Biomasse hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie eingesetzt werden muss (mit Bestandschutz für bestehende Anlagen).

Die Entwicklung fortschrittlicher Biokraftstoffe der 2. und 3. Generation für den Verkehrs-sektor, die aus Holz oder Abfall stammen, soll durch Beimischungsvorgaben für die Kraftstofflieferanten weiter forciert werden. Dagegen soll die Beimischung von lebens- und futtermittelbasierten Biok-

raftstoffen der ersten Generation schrittweise von aktuell 7% auf 3,8% reduziert werden. Schließlich ist eine Europäische Strategie für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS) am 30.11.2016 verabschiedet worden, die auf eine vernetzte und automatisierte Mobilität abzielt, d.h. die Fahrzeuge sollen miteinander und mit der Verkehrsinfrastruktur kommunizieren können. Auf besonders kontroverse Resonanz ist der Vorschlag der Kommission gestoßen, im Rahmen der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie einheitliche Wettbewerbsbedingungen für alle Technologien zu schaffen. Danach soll der Einspeisevorrang für Erneuerbare-Energien auf europäischer Ebene für neue Anlagen gestrichen, rückwirkende Änderungen an den Förderkonditionen aber vermieden werden. Die vorrangige Einspeisung für bestehende Anlagen, kleine Erneuerbare-Energien-Anlagen – etwa Solarzellen auf Hausdächern – und Vorhaben zur Demonstration innovativer Technologien sollen aber weiterhin Bestand haben.

Insgesamt soll die Position der Verbraucher nach dem Winterpaket gestärkt werden. So sollen die Verbraucher künftig einfacher als bislang und in der Regel ohne Aufpreis binnen 3 Wochen den Anbieter wechseln können. Von großer Bedeutung für die Verbraucher ist auch die im Energieeffizienzpaket enthaltenen Bestimmungen zur Verbrauchserfassung und Abrechnung für thermische Energie in den Bereichen Fernwärme, Fernkälte sowie der zentralen Heißwasserversorgung. Der Zugang zu klareren Verbrauchsinformationen und häufigeres Feedback für die Verbraucher, insbesondere der Bewohner von Mehrfamilienhäusern und intelligente Stromzähler werden sich nach Angaben der Kommission in Einsparungen beim Verbraucher niederschlagen.

Aber auch die Beschleunigung der Renovierungsrate bei bestehenden Gebäuden und die Mobilisierung von privaten Investitionen werden direkte Auswirkungen auf Verbraucher und Haushalte haben, weil mit der Renovierung die Energiekosten sinken werden. Nach dem von der Kommission am 30.11.2016 vorgelegten Paket soll es auch den Energieverbrauchern durch neue Technologien ermöglicht werden, am Markt aktiv mitzuwirken, z.B. durch intelligente Netze, intelligente Haushalte, immer wettbewerbsfähigere Dachsolarzellen und Batteriespeicherlösungen.

4.) Bei den Gesundheitsausgaben liegt Deutschland und Schweden an erster Stelle. Nach dem Bericht der OECD „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2016“ belaufen sich die Ausgaben in der EU28 im Durchschnitt auf 9,9% des Bruttoinlandsproduktes, in Deutschland und Schweden auf 11,1%. Der Bericht informiert über die jüngsten Entwicklungen im Gesundheitswesen und in den Gesundheitssystemen Europas. Seit dem Jahr 2000 ist in fast allen EU-Ländern die Anzahl der Ärzte pro Kopf im Durchschnitt um 20% gestiegen. Dabei hat die Anzahl der Fachärzte schneller zugenommen als die der Hausärzte. In vielen Ländern ist die ungleichmäßige geografische Verteilung der Ärzte ein wachsendes Problem, das dazu führt, dass Personen in ländlichen und abgelegenen Gebieten häufig nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollten laut Bericht vor allem darauf ausgerichtet sein, den Zugang zur Grundversorgung zu stärken und übermäßig lange Wartezeiten zu verringern. Weitere Vorschläge beziehen sich auf mehr E-Health-Angebote, kürzere Krankenhausaufenthalte, sowie einem bedachteren Einsatz von Ressourcen für Arzneimittel, indem z.B. das volle Potenzial von Generika ausgeschöpft wird.

5.) Die Visafreiheit für Angehörige von Nicht-EU-Ländern kann künftig schneller aufgehoben werden.

Damit besteht die Möglichkeit einer ungehinderten Einreise in die EU wieder rückgängig zu machen, wenn die Visafreiheit missbraucht wird. Das hat das Parlament am 15.12.2016 beschlossen. Nach den neuen Vorschriften können die Abkommen der EU zur Visafreiheit mit Drittländern bei einer starken Zunahme von unbegründeten Asylanträgen ausgesetzt werden oder bei steigender Kriminalität von bestimmten Gruppen des betroffenen Drittstaats.

Die EU-Länder sowie die EU-Kommission können die Notbremsenregelung auslösen. Notwendig für den Entzug ist eine einfache Mehrheit im Rat der Europäischen Union. Dann müssen die Bürger der betroffenen Nicht-EU-Länder ein Visum beantragen, um in die EU einreisen zu können. Der Verordnungsentwurf muss noch formell vom Rat verabschiedet werden. Zwanzig Tage nach seiner Veröffentlichung im EU-Amtsblatt tritt er dann in Kraft.

Die EU hat mehr als 50 Staaten Visafreiheit gewährt. Damit können hunderte Millionen Menschen ohne Visum bis zu 90 Tage in die EU einreisen. Schon bisher kann die Visa-Freiheit wieder entzo-

gen werden, wenn es zu einem deutlichen Anstieg von „unbegründeten Asylanträgen“ oder zu Verstößen gegen die Verweildauer kommt. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise hatten Deutschland und Frankreich eine Verschärfung dieser Regel verlangt. Die Bundesregierung hatte dabei auch auf Anstiege bei Ladendiebstählen und Wohnungseinbrüchen um rund ein Drittel verwiesen, für die insbesondere georgische Tatverdächtige verantwortlich gemacht werden.

6.) Im Dezember 2016 kam es zur Revision der EU-Feuerwaffenrichtlinie.

Parlament und Rat einigten sich über die Kontrolle des Besitzes und des Erwerbs von Waffen, woraus sich Änderungen in der Feuerwaffen-Richtlinie (91/477/EWG) schließen lassen. Mit der Richtlinie wird der Erwerb von Feuerwaffen in der EU erschwert. Das Parlament setzt sich durch das Verbot bestimmter halbautomatischer Waffen für eine erhöhte Sicherheit ein. Gleichzeitig steht es den Mitgliedsstaaten zu, unter spezifischen Kriterien und Lizenzen den Besitz dieser Waffen zu erlauben, dazu zählen beispielsweise Sportschützen, Reservisten, die Filmindustrie oder der Schutz von Konvois. Es werden darüber hinaus gemeinsame Kriterien für Schreckschusswaffen, wie Start- und Signalpistolen, geschaffen. Damit soll verhindert werden, dass diese in funktionsfähige Feuerwaffen umgebaut werden können. Auch wird in der Änderung auf strengere Auflagen für die Verbreitung von deaktivierten Feuerwaffen eingegangen. Des Weiteren wird es eine bessere Rückverfolgung von Waffen geben, die sich in legalem Besitz befinden, um das Risiko zu vermindern, dass diese auf illegale Märkte umgelenkt werden. Darüber hinaus wird auch der Online- und Fernhandel von Waffen, von Munition und wichtigen Bestandteilen beschränkt.

Für Sportschützen und Jäger in Deutschland wird die Verschärfung des EU Waffenrechts keine wesentlichen Auswirkungen haben. Die geltende Rechtslage in Deutschland wird sich für diese Bereiche insbesondere bei der Überwachung von legalem Waffenbesitz nicht ändern. Bereits am 14.07.2016 hatte dies das Parlament in Abweichung vom Kommissionsvorschlag beschlossen. Anfang 2017 wird der Kompromiss über die Feuerwaffenrichtlinie im Parlament verabschiedet.

Pressemitteilungen

1.) Preisschwankungen in der Landwirtschaft

EP fordert Maßnahmen, um gegen Preisschwankungen in der Landwirtschaft vorzugehen. Das Europäische Parlament fordert die Kommission auf, die vertraglichen Beziehungen zwischen den Landwirten und Handelsketten zu verbessern. Dies soll durch die Anpassung der wettbewerbs- und kartellrechtlichen Maßnahmen geschehen. Die Landwirtschaft ist, im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen, größeren Preisschwankungen ausgesetzt. Eine große Rolle spielen auch externe Faktoren: Ungünstige Witterungsverhältnisse oder schwankende Wechselkurse. Auch Pflanzenkrankheiten oder Tierseuchen wirken sich erheblich auf die Preise für Agrarerzeugnisse aus. „Deshalb müssen die bestehenden Maßnahmen für das Krisen- und Risikomanagement angepasst werden. Die Kontrollinstrumente für eine größere Markttransparenz müssen weiterentwickelt werden“, so der schleswig-holsteinische Europaabgeordneter Reimer Böge (CDU).



Bild 2:

Reimer Böge auf seinem landwirtschaftlichen Betrieb in Hasenmoor. "Ich entwickle die Ideen am liebsten auf den Feldern in Hasenmoor; das ist mein Ruhepol", so Reimer Böge.

(Foto: Reimer Böge)

Das Europaparlament hat die Kommission aufgefordert, einen EU-Rechtsrahmen einzurichten, um den ungerechten Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette entgegenzuwirken. Bereits im Juni hat die EVP-Fraktion in ihrem fast einstimmig beschlossenen 15-Punkte-Papier die Einführung eines effektiven rechtlichen Rahmens gefordert. Dadurch soll die Teilhabe der Landwirte an der Einkommensentwicklung gesichert und ihre Rolle in der Lebensmittelversorgungskette verbessert werden. „Diese Fraktions-Position wurde diese Woche im Plenum mit großer Mehrheit unterstützt“, so Reimer Böge.

2.) Reimer Böge: „Mit CETA legen die EU und Kanada das modernste und fortschrittlichste Handelsabkommen vor, welches je verhandelt wurde.“

Die Abstimmungen über das Handelsabkommen CETA werden Mitte Februar 2017 im Plenum erfolgen. „Es liege nun am Europäischen Parlament, dem Zentrum der europäischen Demokratie, den Weg für das vorläufige Inkrafttreten von CETA frei zu machen“, so Böge. „Danach würden die nationalen Parlamente über jene Bereiche entscheiden, die die Kompetenz der Mitgliedstaaten betreffen. Reimer Böge appellierte an alle Abgeordneten, bei der Abstimmung ihrer Verantwortung gerecht zu werden: „CETA ist ein gelungenes Abkommen mit enormen Chancen für die EU und Kanada. CETA ist mehr als ein Handelsabkommen: es ist das Modell für die Zukunft der EU-Handelsbeziehungen. Wir brauchen offene und faire Regeln beim Handel, um unsere Wohlfahrtsysteme zu unterstützen, beizubehalten und zu verbessern. Wenn wir es als EU nicht mehr schaffen, Handelsabkommen mit langjährigen guten Partnern abzuschließen, mit wem sind wir Europäer dann überhaupt noch vertragsfähig?

Die Globalisierung ist Fakt und nicht umkehrbar. Mit CETA wollen wir die Globalisierung gestalten und nicht einfach geschehen lassen. Diese Einladung würden andere Handelsmächte dankend annehmen. Entweder wir entscheiden oder es entscheiden andere über uns.“ Im Vorfeld diskutierte der CDU- Abgeordnete Reimer Böge in Kiel mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden über die Handelspolitik der EU und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung, Landwirtschaft und kommunale Daseinsvorsorge. Der Fokus der Diskussion lag auf dem Handelsabkommen CETA. Die Diskussion war geprägt von einer starken gemeinsamen Unterstützung der Teilnehmer für das Handelsabkommen. Reimer Böge begrüßte die Unterzeichnung des wegweisenden Handelsabkommens, das seiner Meinung nach Standards für alle weiteren Handelsabkommen der EU setzen werde. Mit viel Detailkenntnissen stellte Reimer Böge die Chancen des Abkommens heraus und kam dabei zu dem Schluss: „CETA ist ein modernes und fortschrittliches Handelsabkommen, das dazu beitragen wird, dem Handel und der Wirtschaftstätigkeit neue Impulse zu verleihen und zugleich unsere gemeinsamen Werte und Standpunkte fördern und schützen wird.“

Gleichzeitig wies er aber auch darauf hin, die Ängste und Sorgen der Menschen rund um CETA zu kennen und ernst zu nehmen. „In zahlreichen Gesprächen, Diskussionen und E-Mails, die manchmal leider im Ton absolut daneben und unangemessen waren und ich unakzeptablen persönlichen Attacken und Beschimpfungen ausgesetzt war, habe ich mich intensiv damit auseinandergesetzt. Für mich stand dabei immer fest, dass mein Ja an die Wahrung unserer europäischen Lebensmittel-, Umwelt-, Sozial-, Sicherheits- und Rechtsstaatlichkeitsstandards geknüpft ist. Der Vergleich mit dem CETA Text zeigt: diese Bedingungen sind klar erfüllt. CETA ist das beste Handelsabkommen, das die EU je ausgehandelt hat. Mit dem Gemeinsamen Auslegungsinstrument haben Kanada und die EU eine umfassende und rechtssichere Erklärung zu vereinbarten Standards und Regulierungsinstrumenten klargestellt.“

Der Europaabgeordnete verwies in diesem Zusammenhang auf folgende wichtige Punkte:

- 99% aller Zölle werden beseitigt.
- Für sensible Agrarprodukte wie Rindfleisch, Zucker, Weizen werden Importquote vereinbart.
- Das Selbstregulierungsrecht des Staates (Right to regulate) ist festgeschrieben.
- Der Schutz der Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Lebensmittelstandards ist klar verankert.
- Die Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Wasserversorgung bleibt unangetastet.
- 145 geographische EU-Herkunftsangaben werden geschützt.
- Der Investorenschutz wird auf neue Beine gestellt. Das Nein zu privaten Schiedsgerichten wird durchgesetzt.



Bild 3:

Diskussionsrunde über die Handelspolitik der EU mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden in Kiel.

(Foto: Büro Böge)

3.) Haushalt

Am 01.12.2016 nahm das EP den Haushalt für 2017 an. „Das harte Ringen mit den Mitgliedstaaten im Rat hat sich letztendlich ausgezahlt. Wir Haushaltsabgeordnete konnten sehr gute Ergebnisse bei unseren Prioritäten erzielen: eine Erhöhung von jeweils 50 Mio. € für Forschung und KMU, sowie die Fortsetzung der Finanzierung der Initiative für Jugendbeschäftigung (500 Mio. €) und mehr Mittel zur Unterstützung der europäischen Landwirte, den Schutz der EU-Außengrenzen und die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise (Europol etc.). Das EU-Geld für 2017 beläuft sich auf 157,85 Mrd. EUR an Verpflichtungen und 134,49 Mrd. EUR an Zahlungen.“, so Reimer Böge.

4.) Bratislava-Gipfel

Die Staats- und Regierungschefs aus 27 EU-Mitgliedstaaten kamen in Bratislava zusammen, um eine politische Reflexion über die weitere Entwicklung einer EU mit 27 Mitgliedstaaten anzustoßen. Der Schleswig-Holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge fordert schnelle und klare Zukunftsentwürfe für die EU auf dem Bratislava-Gipfel – „Es muss Schluss sein mit Klein-Klein. Europa muss konkrete Lösungen unverzüglich liefern“. Reimer Böge verwies in diesem Zusammenhang auch auf Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der in seiner gestrigen Grundsatzrede vor dem Europäischen Parlament zur Lage in der Europäischen Union die aktuellen Zukunftsherausforderungen benannt und Vorschläge für ein weiteres Vorgehen in der EU vorgelegt habe. „Ich erwarte, dass auf dem morgigen EU-Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs in Bratislava ein Arbeitsplan aufgestellt wird, der sich auf die wesentlichen Zukunftsherausforderungen der EU konzentriert, und dass dann in Zusammenarbeit mit den Europäischen Institutionen unverzüglich Lösungen geliefert werden.“

Der Europaabgeordnete forderte: „Es muss Schluss sein mit Klein-Klein! Die Staats- und Regierungen müssen angesichts der schwierigen Lage jetzt den großen Wurf wagen. Nur durch eine EU-Perspektive können die Zukunftsherausforderungen der EU und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gelöst werden.“ Dabei machte Reimer Böge auch deutlich, dass man über den EU-Haushalt die einzelnen Herausforderungen zusammenbinden könne. Das Europäische Parlament sei dazu bereit. Böge: „Nationale Populisten und Bürokraten dürfen nicht weiter die notwendige politische Debatte blockieren. Der Europäische Rat und die nationalen Minister sind jetzt in der politischen Verantwortung.“ Anmerkung: Reimer Böges Erwartungen an den Bratislava-Gipfel zur Lösung der EU-Zukunftsherausforderungen:

- Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik nach innen- und nach außen;
- Aufstellung einer gemeinsamen Migrationspolitik;
- gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik;
- Etablierung eines gemeinsamen Grenzschutzes;
- Förderung von Wachstum- und Beschäftigung und dauerhafter Abbau von bürokratischen Hemmnissen;
- dauerhafte Stabilisierung des Euro;
- mehr Investitionsförderungen in eine zukunftsweisende EU-Forschungspolitik;
- Weiterentwicklung und Stabilisierung der EU-Nachbarschaftspolitik für den Mittleren- und Nahen Osten und Afrika.

31.01.17; Gemeinsames Europa-FördeForum „EUROPA-QUO VADIS?“ der CDU Landtagsfraktion und Reimer Böge im Landeshaus Kiel

Einen Eindruck vom Europäischen Parlament brachte der Europaabgeordnete Reimer Böge auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der CDU Landtagsfraktion Daniel Günther in das Landeshaus an der Förde. Dort wo sonst der Landtag debattiert lauschten 270 Besucher am 31. Januar 2017 den internationalen Redebeiträgen der politischen Schwergewichte aus dem Europäischen Parlament per Simultanübersetzung über Funkkopfhörer. Das Europa-FördeForum unter dem Titel „Europa – Quo Vadis“ mit EVP-Europaabgeordneten aus verschiedenen Ländern war die erfolgreichste Veranstaltung dieser Art.

Reimer Böge hielt seine Rede aus Respekt vor den internationalen Gästen auch in fließendem Englisch und Französisch. „Es gibt einen einfachen Weg zur Seele Europas. die Toleranz. Man braucht das Herz und die Vernunft. Man muss auch mit den Augen des anderen sehen wollen“, zitierte der Abgeordnete Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Wenn wir uns in Europa nicht zusammenraufen, werden andere über uns entscheiden“, spricht sich Reimer Böge für ein gemeinsames Europa auch in schwierigen Zeiten als ein Teil der Antwort auf die Globalisierung aus. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein weiteres Schwerpunktthema der Rede.

Der Abgeordnete aus Hasenmoor empfindet seine Aufgabe im europäischen Parlament als Privileg und verspricht auch weiterhin die Menschen in Schleswig-Holstein für die europäische Idee begeistern zu wollen und darüber in den nächsten Monaten verstärkt mit Verbänden, Vereinen und interessierten Bürgern im Land zu diskutieren.

„Reimer Böge ist ein Vorbild für uns alle. Vielen Dank, dass sie uns unsere Werte vorleben“ betonte der **Europaabgeordnete Josè Manuel Ferreira Fernandes** aus Portugal in seiner Rede über Wirtschaft und Werte seinen Respekt vor dem deutschen Kollegen. Auch die anderen Redner fanden ähnlich lobende Worte für Reimer Böge.

Joseph Daul, der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) aus Frankreich lobte zudem den Einsatz von Angela Merkel als „unsere Kanzlerin“, die bei allen nationalen Problemen immer auch Europa im Kopf hat. **Jan Olbrycht, MdEP** aus Polen warb für gegenseitige Akzeptanz und Toleranz der europäischen Länder in kritischer Offenheit. **Richard Asworth, MdEP** aus Großbritannien hatte gegen den Brexit gestimmt und kritisierte den populistischen Mainstream in Großbritannien und USA und warnte vor den Konsequenzen durch den Protektionismus.



Bild 4:
Vor dem erfolgreichen Europa-FördeForum informierten sich die Europaabgeordneten im GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel über die die aktuellen Forschungsergebnisse im Ozean, auf dem Meeresboden und in der Atmosphäre.
vlnr.)die MdEP's Josè Manuel Ferreira Fernandes und Reimer Böge, Prof. Dr. Peter Herzig (Direktor Geomar), Marie Therese und Joseph Daul, Maria Kokkinou-Boege und die MdEP's Dr. Jan Olbrycht und Richard Asworth
(Foto: Uwe Voss)

Eindrücke vom Europa FördeForum



Bild 5:

Reimer Böge brachte einen Eindruck vom Europäischen Parlament in das Landeshaus an der Kieler Förde. Dort wo sonst der Landtag debattiert lauschten 270 Besucher den internationalen Redebeiträgen der politischen Schwergewichte aus dem Europäischen Parlament.

(Foto: CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein)



Bild 6:

„Es gibt einen einfachen Weg zur Seele Europas: die Toleranz. Man braucht das Herz und die Vernunft. Man muss auch mit den Augen des anderen sehen wollen“, zitierte der Reimer Böge Bundeskanzlerin Angela Merkel.

(Foto: CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein)



Bild 7:

Der EVP-Abgeordnete José Manuel Fernandes und Reimer Böge auf dem Europa-FördeForum dieser Art.

(Foto: CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein)

Terminauswahl:

23./24.01.2017	Ausschusssitzung Internationaler Handel, Brüssel
24.01.2017	Besuch einer Schülergruppe des Katharineum zu Lübeck, Brüssel
25./26.01.2017	Haushaltsausschuss, Brüssel
31.01.2017	Europa-FördeForum „Europa quo vadis“, Plenarsaal Landeshaus Kiel
01.02.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
01./02.02.2017	EP-Plenartagung, Brüssel
01.02.2017	Fraktionssitzung, Brüssel
02.02.2017	Plenarabstimmung CETA, Brüssel
02.02.2017	Hamburgische Bürgerschaft, Hanse-Office, Brüssel
03.02.2017	CDU-Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Bundestagsliste
04.02.2017	Landesparteitag mit Angela Merkel, Holstenhalle Neumünster
07.02.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
08.02.2017	Fraktionssitzung, Brüssel
09.02.2017	Haushaltsausschuss, Brüssel
13.-16.02.2017	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments, Straßburg
22.02.2017	Parlamentarischer Abend Handwerk eV, Kiel
23.02.2017	16.00 Uhr, Mitgliederversammlung Genossenschaftsverband e.V. Beratung und Betreuung Milchwirtschaft, Genossenschaftsakademie Rendsburg
23.02.2017	19.30 Uhr, Jahreshauptversammlung VFL, Neumünster
25.02.2017	18.00 Uhr, Mitgliederversammlung Heimatverein Karlsburg, Winnemark
27./28.02.2017	Ausschusssitzung Internationaler Handel, Brüssel
01./02.03.2017	EP-Plenartagung, Brüssel
01.03.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
01.03.2017	Fraktionssitzung, Brüssel
06.03.2017	Ausschusssitzung Haushalt, Brüssel
07.03.2017	Koordinierungskreis der CDU/CSU-Gruppe im EP, Brüssel
07.03.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
09.03.2017	15.00 Uhr, Gespräch zum BREXIT, Seniorenkreis Westerrönfeld, Gemeindehaus der Kirche
09.03.2017	19.30 Uhr, Veranstaltung zum BREXIT der CDU Tornesch, Restaurant Lindenkrug
13.-17.03.2017	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg
13.-14.03.2017	Tagungsreihe „Europa in Wissenschaft und Politik“ in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, Europäisches Parlament, Straßburg
14./15.03.2017	Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
20.03.2017	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments, Brüssel
23.03.2017	Kaminabend CDU Oldenburg/Holstein, Schloss Weissenhaus
27.03.2017	Ausschuss- und Fraktionssitzungen, Brüssel
24.04.2017	Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), zu Besuch in Schleswig-Holstein

Für weitere Informationen:
<http://www.reimer-boege.eu>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
Jan-Hendrik Kruse
Tel: 00322/ 2837326
Fax: 00322/ 2849326
Email: reimer.boege@europarl.europa.eu
Internet: <http://www.reimer-boege.eu>